

Froment, M. R.

Article — Digitized Version

Die Entwicklung der Preis- und Lohnrelationen in Frankreich (Le redressement de l'economie Française - Prix et niveaux de vie)

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Froment, M. R. (1949) : Die Entwicklung der Preis- und Lohnrelationen in Frankreich (Le redressement de l'economie Française - Prix et niveaux de vie), Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 37-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130878>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

von Rohstoffen, Maschinen und Arbeitskräften zu sichern, ohne mehr als notwendig den Export zu beeinträchtigen.

Schließlich ist noch das Wohnbauprogramm zu betrachten. In einer Subventionsaufrechnung des britischen Weißbuchs über das Volkseinkommen werden die über die kommunalen Instanzen gezahlten und aus den Grundsteuern finanzierten Wohnbauschüsse auf 25 Mill. £ jährlich beziffert. Auch hier ist das Bestreben maßgebend, den Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen den knappen Artikel Wohnraum möglichst billig und in wachsendem Umfang durch Neubauten und Umbauten zu beschaffen. Auch hier, wie beim Gesundheits- und Erziehungswesen, ist jedoch die Gefahr gegeben, daß die Kosten Jahr um Jahr ansteigen — und die Leistungsfähigkeit der britischen Volkswirtschaft vielleicht einmal übersteigen. Es wird von manchem englischen Volkswirt bezweifelt, ob es tragbar sein wird, ständig 40 Prozent des Volkseinkommens durch staatliche und kommunale Steuern einer gelenkten Verwendung zuzuführen. Was allgemein als eine Gefahr übertriebener Umschichtung für die Zukunft angesehen werden muß, ist in der Wohnbauwirtschaft praktisch bereits erreicht. Die Baukosten einerseits, die Stabilisierung der Mieten auf einem sehr niedrigen Stand andererseits, haben privates Bauen ohne Staatszuschuß fast unmöglich gemacht. Wenn 90 Prozent der Wohnbauwirtschaft bereits

von der öffentlichen Hand abhängig sind und Ambitionen für einen Wohnstandard bestehen, der die durchschnittlichen Baukosten für ein Wohnhaus (Einzelhäuser sind noch immer in England in der Mehrzahl) auf 1.800 £ bringt, so ist damit ein Grad von Unwirtschaftlichkeit erreicht, der leicht sehr bald zur radikalen Einschränkung öffentlicher Wohnbauprogramme führen kann — und das ist natürlich das letzte, was erreicht werden soll.

Die Einkommens-Umschichtung ist an einen Punkt gelangt, an dem mancherlei grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden müssen. Wirtschaftlich können — nach den Worten von Schatzkanzler Cripps — weitere soziale Leistungen nur aus einem steigenden Realeinkommen, also aus größerer Produktivität finanziert werden. Andere Betrachter bezweifeln sogar, ob die steigenden Kosten der bereits beschlossenen Sozialleistungen aufgebracht werden können, ohne daß der Bogen überspannt oder für zu lange Zeit der Höchstspannung nahegehalten wird. Soziologisch ist der Zeitpunkt für Großbritannien gekommen, an dem die Arbeiterschaft aus ihrer Kampfstellung heraustritt und sich — selbstverständlich unter Wahrung aller Rechte einschließlich des Rechtes auf Revision alter Verträge — zur gemeinsamen Arbeit mit der Wirtschaft (Privatwirtschaft und Staatswirtschaft) zusammenfindet.

Die Entwicklung der Preis- und Lohnrelationen in Frankreich

Le Redressement de l'Economie Française — Prix et niveaux de vie¹

M. R. Froment, Paris

Die Hauptsorge der Regierungskreise in Frankreich war im Jahr 1946 die Wiederaufrichtung der Produktion. Sie kam in der Devise „Produzieren zu jedem Preis“ zum Ausdruck.

Ab 1947, als die Inflation sich fortsetzte und die soziale Agitation ernste Formen anzunehmen begann, wurde die Frage der Kaufkraft der Lohnempfänger und das Problem des Kampfes gegen Preiserhöhung akut. Aber trotz eines behördlichen Versuchs der Preissenkung am Anfang des Jahres konnte auf diesem Gebiet kein dauerhaftes Resultat erzielt werden. Anfang 1948 nahm die Regierung dieses Problem energischer in Angriff. Maßnahmen zur Sicherung eines ausgeglichenen Budgets und zur Krediteinschränkung stellten wirksame Mittel für den Kampf gegen die Inflation dar. Aber die schlechte Ernte von 1947 gefährdete den Erfolg aufs ernste.

Im Spätsommer 1948 waren alle Voraussetzungen für eine Stabilisierung des Franc gegeben. Die landwirtschaftliche Produktion zeigte wieder reichliche Ergebnisse, die industrielle Tätigkeit erreichte ein zufriedenstellendes Niveau, die Außenhandelsbilanz besserte sich und bildete dank der Marshallhilfe nicht mehr eine Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Aber unter dem Druck der Arbeiter

mußte die Regierung in eine 15prozentige Erhöhung der Löhne einwilligen, ernste Streikbewegungen, besonders im Kohlenbergbau, störten die Produktion. Die Preise stiegen weiter an. Diese Bewegung wurde jedoch durch die Erklärung eines ausgeglichenen Budgets am Ende des Jahres, den Bankrott der sozialen Agitation, das rasche Anwachen der industriellen Produktion Anfang 1949 (6% von Januar bis März) und vor allem durch die Auswirkungen der reichen Ernte von 1948, die eine Preissenkung der Lebensmittel brachte, endlich gebremst.

Dieses Resultat ist die Frucht zweijähriger Bemühungen, die trotz Ungeschicklichkeiten und unzeitgemäßer Maßnahmen immerhin eine Etappe auf dem Wege der Wiederaufrichtung begründen konnten. Die Anstrengungen müssen sich jetzt auf die Senkung der Herstellungspreise durch Erhöhung des Produktivitätsgrades richten, das die einzige Mittel zur Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung darstellt.

ERSTE PREISENKENGUNGSAKTION

Im Dezember 1946 zeigt der offizielle Preisindex folgenden Stand (1938 = 100):

Lebensmittelgroßhandelspreise	865
Industrieller Großhandelsindex	739
Kleinhandelspreis in Paris	946

¹) Übersetzung des französischen Originalartikels von Dipl. rer. pol. L. Berghändler.

Der Stundenlohn des Arbeiters erreichte das sechsfache des Standes von 1938. Wenn man berücksichtigt, daß die wöchentliche Arbeitsdauer von 39 auf 44 Stunden angestiegen war, stellte sich also die Kaufkraft des Lohnempfängers auf 80 % der Kaufkraft in der Vorkriegszeit. Aber die vorstehenden Indices erfassen nur die offiziellen Preise, insbesondere fußt der Index für die Kleinhandelspreise fast ausschließlich auf Lebensmitteln, die damals zum größten Teil einer rigorosen Preisüberwachung unterworfen waren. Wenn man die tatsächlich bezahlten Preise berücksichtigt, erreicht man praktisch nur eine Kaufkraft von 66 % derjenigen von 1938.

In diesem Augenblick setzte die erste behördliche Preissenkungsaktion ein. Für den 1.1.1947 wurde eine Senkung von 5 % auf alle Kleinhandelspreise mit nur wenigen Ausnahmen beschlossen. Obwohl diese Aktion vom gesamten Land günstig aufgenommen wurde, erbrachte sie nicht die errechneten Ergebnisse. Wenn die Senkung auch von einzelnen gewissenhaft durchgeführt wurde, so berechneten zahlreiche Kaufleute diese Senkung auf Preise, die vorher zu diesem Zweck erhöht worden waren. Das zweite für März vorgesehene Stadium der Senkungsaktion wirkte sich in Anbetracht der allgemeinen Gleichgültigkeit fast in der gleichen Art aus.

Im Juni stellten sich die Preisindices auf folgende Höhe:

Lebensmittelgroßhandelspreise	935
Industrielle Großhandelspreise	762
Kleinhandelspreise	1047

Das bedeutete also eine Steigerung von durchschnittlich 10 % auf Lebensmittel und von 3 % auf industrielle Erzeugnisse.

Zu dieser Zeit machte der Finanzminister die Feststellung, daß die Entwicklung der Lage seit Beginn des Jahres die Ausgeglichenheit des Budgets in Frage gestellt hatte. Das Defizit wurde auf 135 Mrd. frs geschätzt. Die Regierung beschloß das Defizit durch folgende Maßnahmen zu decken:

Herabsetzung der Militär- und Verwaltungsausgaben	25 Mrd.
Aufhebung der wirtschaftlichen Subventionen	40 Mrd.
Erhöhung der Tabakpreise, der Eisenbahn- und Posttarife	40 Mrd.
Beschleunigte Beitreibung der Einkommensteuer und 25prozentige Erhöhung der Kapitalsteuer	30 Mrd.

Die erste Maßnahme ist rein anti-inflationistisch, aber die planlose Anwendung im allgemeinen bewirkte eine Desorganisation verschiedener Dienste. Die letzte Maßnahme wirkt sich gegen die Inflation nur in so weit aus, als die entsprechenden Steuern die effektiven Einkünfte herabsetzten und keinen Druck auf die Preise ausübten.

Was das Aufheben der Subventionen und die Erhöhung der Bahn- und Posttarife betrifft, die gleicher Natur sind, so ist ihr Einfluß wirtschaftlich grundsätzlich ebenso zu beurteilen wie die Gewährung von Subventionen. Unabhängig von ihrer Gesamtwirkung, wovon die Wirkkraft gegen die Inflation nur von kurzer Dauer ist, ist ihr Ergebnis unter-

schiedlich zu werten, da sie die Entwicklung gewisser Sektoren und gewisser Bevölkerungskategorien begünstigen. Es ist also eine Opportunitätsfrage, und das Aufheben von Subventionen insgesamt stellte eine umstrittene Maßnahme dar. Die Erhöhung des Milchpreises ist eben anders als die der Tabakpreise zu bewerten.

KAMPF UM DEN MINDESTSTANDARD

Die bereits verzeichnete Preiserhöhung und die durch Finanzmaßnahmen ausgelösten Steigerungen führten zu heftigen Forderungen der Lohnempfänger. Unter dem Druck der Ereignisse beschloß die Regierung die Wiedererrichtung einer Preis- und Lohnkommission, die sich aus Vertretern der Verwaltung und Mitgliedern der Syndikate zusammensetzte. Diese Kommission wurde beauftragt, die Lage zu überprüfen und einen Bericht zur Information der Regierung zusammenzustellen. Die „Kommission vom Palais Royal“ bemühte sich im besonderen, einen Mindeststandard der Lebenshaltung aufzustellen, d. h. das monatliche Minimaleinkommen zu berechnen, das erforderlich ist, um einem Lohnempfänger das Leben zu angemessenen Bedingungen zu gestatten. Die Arbeiten wurden mit denkbarer Objektivität, aber auf sehr theoretischer Grundlage durchgeführt: der Standard wurde für ein fiktives Individuum aufgestellt, nämlich einen unverheirateten Lohnempfänger, der allein lebt, seine Küche allein besorgt und einen Teil der Hausarbeit erledigt. Die offiziellen Rationen sind ergänzt durch Zukäufe von Lebensmitteln auf dem schwarzen Markt, aber die Quantitäten sind nach einem theoretischen Bedarf bestimmt worden, ohne daß die Arbeitsleistung berücksichtigt wurde. Verbände, die nicht an den Arbeiten beteiligt waren, haben aber beinahe ohne Erfolg versucht, in gleicher Weise einen Plan für den Familienhaushalt aufzustellen. Eine andere Gruppe der Kommission wurde beauftragt, die Einkommensverteilung nach den Kategorien der Einkommensempfänger zu ermitteln, sie verfertigte eine sehr interessante Arbeit, da sie aber nur Aufstellungen nach großen Gruppen (Lohneinkommen, Kapitaleinkommen, landwirtschaftliches Einkommen, andere Einkommen) bot, waren die Ergebnisse, die durch übergroße Gruppenbildung einen Spielraum für erhebliche Fehlschlüsse boten, für eine konkrete Aktion nicht brauchbar.

Die Regierung versuchte Zeit zu gewinnen, aber unter der zunehmenden Agitation bewilligte sie Ende August 1947 eine Lohnerhöhung, die ihren Niederschlag in einer Steigerung von 15 bis 20 Prozent mit rückwirkender Kraft ab Anfang Juli fand und den Stundenlohn auf das siebenfache, den Wochenlohn auf das achtfache des Standes von 1938 brachte.

Die bewilligte Erhöhung der Löhne wurde schnell ausgeglichen und später überschritten durch die Entwicklung der Preise, die im Dezember folgenden Stand erreichten:

Lebensmittelgroßhandelspreise	1034
Industrielle Großhandelspreise	1001
Kleinhandelspreise	1354

Der Anstieg im Verhältnis zum Juni beträgt für die Großhandelspreise 35 Prozent und für Kleinhandelspreise 45 Prozent. Diese Zahlen lassen auf eine größere Erhöhung schließen, als es der Wirklichkeit entspricht, da man bei Aufstellung des Index bei einer Anzahl von Erzeugnissen die Freiheit einräumte, Ende des Jahres die wirklich erzielten Preise in Rechnung zu stellen und nicht mehr wie im ersten Halbjahr die Festpreise. Allerdings haben sich die Schwarzmarktpreise weniger erhöht als die offiziellen Preise. Die tatsächliche Steigerung von Juni bis Dezember beträgt etwa 30 Prozent.

Die Kaufkraft des Wochenlohnes stellte sich damals auf etwa 60 Prozent der Vorkriegskaufkraft. Die Rückwirkung der Lohnerhöhungen ist zum Teil für diese Situation verantwortlich zu machen, denn das plötzliche Ansteigen der kaufkräftigen Einkommen bewirkte eine Preissteigerung.

DAS INFLATIONSPROBLEM

Im Laufe des zweiten Halbjahres 1947 wurde die Commission du Bilan National beauftragt, das Inflationsproblem zu bearbeiten. Sie konzentrierte ihre Untersuchungen auf die Ermittlung der notwendigen Sparrate um die monetären Einkommen, die für den Konsum zur Verfügung stehen, wertmäßig im Gleichgewicht zu halten mit den derzeitigen Herstellerpreisen von Konsumgütern und Konsumentendiensten. Die Kommission setzte sich zusammen aus Vertretern der Verwaltung und aus Delegierten der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände.

Im Lauf der Arbeiten dieser Kommission fand ein zweimaliger Regierungswechsel statt, so daß man nicht mehr recht erkennen konnte, wie ihr Bericht verwertet werden würde. Dieser Bericht wurde im Dezember vorgelegt. Er zeigte die Notwendigkeit einer Einkommensabschöpfung auf, da die erforderliche Sparrate 10 Prozent der Einkommen ausmachte, während die effektive Sparrate nur sieben Prozent der Einkommen von 1938 erreicht habe. Wenn der für 1947 errechnete Prozentsatz etwas höher gewesen wäre, hätte die Angleichung sich bereits durch eine Inflation verwirklichen lassen, die eine Preissteigerung in Höhe von 50 Prozent ausgelöst hätte.

Diese Arbeiten, die das Verdienst haben, das Problem objektiv angepackt zu haben, lieferten jedoch keine ausreichenden Unterlagen, um eine notwendige Aktion völlig klarzustellen. Die globale Angleichung der kaufkräftigen Nachfrage an das Angebot schafft keine ausreichende Voraussetzung für ein Gleichgewicht. Es ist bedauerlich, daß die Kommission ihre Arbeiten nicht weiter verfolgt hat.

Die Kombination dieser Informationen mit politischen Erwägungen mündeten in den „Plan Mayer“, der das Problem in erster Linie vom Budget-Standpunkt aus betrachtete. Das Gleichgewicht des ordentlichen Haushalts wurde verwirklicht durch eine Beseitigung der wirtschaftlichen Subventionen, die bedeutende Steigerungen der Preise für Kohle, Elektrizität, Gas und Eisenbahntransporte im Gefolge hatte, und durch eine Erhöhung der Steuern auf Benzin, Tabak, Kolonialerzeugnisse (Kaffee,

Tee, Kakao), ferner durch Erhöhung der direkten Steuern, in Sonderheit durch Wiedereinführung der Pauschalberechnung. Der Wiederaufbau- und Investierungsplan mußte finanziert werden durch den Gegenwert der Amerika-Hilfe und durch eine Ausnahmesteuer, die auf der Basis der Einkommen von 1946 berechnet wurde, von der man sich aber befreien konnte durch Subskription einer dreiprozentigen Anleihe, die in drei Abschnitten aufgelegt wurde. Zeichnungsschluß für die letzte Tranche war für Ende Juli vorgesehen. Diese letzte Maßnahme sollte nach den Berechnungen etwa 125 Mrd. frs erbringen. Diese Gruppe von Maßnahmen fand ihre Ergänzung durch Maßnahmen der Kreditüberwachung und Kreditrestriktion und auf außenwirtschaftlichem Gebiet durch eine Abwertung, die den Dollar von 119,1 frs auf 214,4 frs stellte. Der freie Goldmarkt wurde wieder hergestellt und fand in einem freien Devisenverkehr seine Ergänzung. Als Gegenstück forderte ein Teil der Parlamentsmajorität einen Notenumtausch. In einem Kompromiß kam es zum Aufruf der 5000-Franc-Noten mit beschränkter Einlösung.

LOHNERHÖHUNG UND REALLOHN

Auf dem Gebiete der Löhne sah eine Verordnung eine Erhöhung der gesetzlichen Löhne degressiv nach der Höhe des Rückerstattungsbetrages, und zwar um etwa 40 Prozent, vor. Wohl verstanden handelt es sich nicht um eine Lohnerhöhung von 40 Prozent, die gesetzlichen Lohntarife lagen im allgemeinen weit unter den effektiv gezahlten Löhnen. Nichtsdestoweniger ergab diese Maßnahme eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 25 Prozent und brachte die Wochenlöhne auf das 10,5fache von 1938.

Aber die Erhöhung der industriellen Preise im Januar als Folge der Aufhebung der Subventionen und der Lohnsteigerungen setzte das allgemeine Preisniveau auf etwa das 15fache von 1938.

Die Kaufkraft der Löhne verblieb somit Anfang 1948 auf etwa 70 Proz. derjenigen der Vorkriegszeit. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise setzte sich im Jahr 1948 fort und brachte den Index im September auf 1800. Die Preiserhöhung für Industrieerzeugnisse, die nicht im gleichen Schritt der Erhöhung der Rohstoffpreise folgt, ist weniger schnell.

Im Oktober wurde jedoch die Regierung dazu gebracht, verschiedene Maßnahmen zu Gunsten der Lohnempfänger vorzunehmen: Erhöhung der Grundlöhne und Ersetzung der Staffelsteuer auf Lohn-einkommen durch eine Besteuerung der Unternehmen. Das Ergebnis war eine Steigerung der Löhne um 15 bis 20 Prozent.

Zu dieser Zeit waren die Voraussetzungen für eine Geldstabilisierung und Preissenkung gegeben.

Wenn auch die Politik Mayers, die durch seine Nachfolger weitergeführt wurde, unvollendet geblieben war, so hatte sie doch die Gesundung der innerwirtschaftlichen Lage vorbereitet. Die reichliche Ernte, das Anwachsen der Fleischproduktion und der Meiereierzeugnisse lieferten die Triebkraft für eine Umkehr der Tendenz.

Die Lohnerhöhungen verzögerten die Entwicklung. Die landwirtschaftlichen Preise stiegen durch die Verarbeitungskosten bis November weiter an. Die Lebensmitteleinzelhandelspreise erhöhten sich bis Januar und die industriellen Preise begannen erst im März 1949 zu sinken. Im April stellte sich die Kaufkraft der Wochenlöhne auf 75 bis 80 Prozent der Kaufkraft vor dem Kriege.

SOZIALPOLITIK

Der Vergleich mit den Produktionsziffern könnte den Gedanken aufkommen lassen, daß die Lohnempfänger besonders benachteiligt sind und nur den Armenteil empfangen. Dieser Schluß ist nicht ganz richtig. Man muß berücksichtigen, daß die werktätige Bevölkerung seit 1938 um sechs Prozent angestiegen ist.

Die sozialen Vorteile, die sich beträchtlich erhöht haben, kommen zu einem großen Teil dem Lohnempfänger zugute, sei es direkt oder indirekt, indem sie die Lasten für den Unterhalt ihrer erwerbsunfähigen Angehörigen vermindern. Schließlich belasten die Investitionsvorhaben die Produktion mehr als in der Vorkriegszeit.

Die Ergebnisse der nationalen Rechenführung gestatten einige genauere Rückschlüsse. Die Entwicklung der Kaufkraft der ausgezahlten Lohnsumme zeigt folgende Linie:¹⁾

1938	1946	1947	1948
100	75	85	90

Andererseits haben die Familienunterstützungen und die Nettoeinnahmen aus der Sozialversicherung (Leistungen abzügl. Arbeitnehmerbeiträge) folgende Kaufkraftentwicklung dargestellt:

1938	1946	1947	1948
100	350	550	600 (Schätzung)

und sich von zwei Prozent der ausgezahlten Lohnsumme im Jahre 1938 auf 14 Prozent im Jahre 1948 erhöht.

Die Gesamtheit der Lohnempfänger teilt sich also in eine Gesamtkaufkraft, die wenig von der der Vorkriegszeit abweicht, aber sie entfällt auf ein leicht angewachsenes Kollektiv und auf eine erhöhte Arbeitsdauer als Folge des Ertragsrückganges. Die soziale Gesetzgebung bewirkt unter ihnen eine Rückvergütung in Form von Familienunterstützung und Gesundheitsfürsorge. Das direkte Lohn Einkommen auf den Erwerbstätigen erscheint also weniger vorteilhaft als vor dem Krieg. Das erklärt die Unzufriedenheit der Arbeiter. Dagegen kann man annehmen, daß die Verbesserung des Lebensstandards gewisser Bevölkerungskategorien sich weniger zum Schaden der Lohnempfänger als der Empfänger von Zinseinkommen vollzogen hat, deren Kaufkraft in den letzten drei Jahren etwa auf 20 Prozent der Kaufkraft der Vorkriegszeit gestanden hat.

¹⁾ Aus Vermietung stammende Einnahmen und Ausgaben für Wohnungen wurden eliminiert, da sie die Ergebnisse künstlich verfälschen.

Realeinkommen und Lebensstandard in Ungarn

Dr. Kurt Wessely, Linz a. d. Donau

Eine genaue Untersuchung über die in Ungarn herrschenden Lohn- und Preisrelationen leidet darunter, daß statistische Angaben nur beschränkt zur Verfügung stehen und die Erklärungen von Funktionären des Staates und des öffentlichen Lebens auf propagandistische Wirkung abgestimmt sind.

Infolge der schweren Kriegsverluste und Zerstörungen besonders durch die Belagerung Budapests konnte die ungarische Industrieproduktion bis Ende 1945 erst die Hälfte des Vorkriegsvolumens erreichen, während der Beschäftigungsgrad etwa zwei Drittel des Jahres 1943 ausmachte. Außerdem stand das Land unter dem Druck der Besetzung, vereinzelter Demontagen und Reparationsforderungen, deren Erfüllung aber wenigstens durch gewisse Rohstofflieferungen der UdSSR erleichtert wurden, die der Wirtschaftsankurbelung dienen sollten. Nach einer beispiellosen Inflation, die selbst die deutsche nach dem ersten Weltkrieg bei weitem übertraf, erfolgte im Sommer 1946 die Stabilisierung. Erst am 1. 8. 1947 wurde die Planwirtschaft eingeführt.

STABILISIERUNG

Da man an die Inflationspreise nicht anknüpfen konnte, mußte für die Stabilisierung ein neues Preisniveau gefunden werden. Man entschloß sich zu

einer neuen, sich an die Weltmarktpreise anlehnenen Dollarrelation, die das neue Geld auf einen Kurswert brachte, der etwa einem Drittel der Friedensdollarparität entsprach. Der Umrechnungsschlüssel ergibt sich aus folgenden Kurswerten: (1938) 1 \$ = 3,4 Pengö, (1946) 1 \$ = 11,74 Forinten. Das Verhältnis zwischen Goldpengö und Forint stellte sich also auf 1:3,45. Die neue Währungseinheit entsprach 4 Quatrillionen Papierpengö, auch der bereits vorher eingeführte sogenannte Steuerpengö war völlig entwertet.

Eine Politik rücksichtsloser Kreditrestriktion seitens der Nationalbank, die einer Vermehrung des Banknotenumlaufes nur im gleichen Schritt mit einer Produktionserhöhung stattgeben durfte, sollte die Gefahr einer neuen Inflation ausschließen. Die Nationalbank konnte aber nicht verhindern, daß trotzdem eine Preissteigerung eintrat, die allerdings keine Inflationsgefahr mehr heraufbeschwor. Der ursprünglich auf 1 Mrd. ft limitierte Banknotenumlauf beträgt heute rund 2,7 Mrd. ft. Dem Geldumlauf von 863 Mill. P in der Vorkriegszeit hätte unter Einhaltung des neuen Umrechnungsschlüssels bei Erreichung der Vorkriegsproduktion ein Umlauf von rund 2,3 Mrd. ft entsprochen, tatsächlich liegt er heute bei 2,7 Mrd. ft, also um etwa ein Fünftel über dem Frie-